

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4598

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.50 Mk., bei Platzvorrückung 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Retame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

### Eröffnung des Parteitag in Halle.

Die Hallenser Parteigenossen haben sich die Geschmackslosigkeit nicht verlagern können, den Parteitag bereits unter der Fahne der Sowjetrepublik tagen zu lassen. Man hoffte wohl schon am ersten Tage das Zertrümmerungswerk vollenden zu können. Der Vorsitzende der K. P. D. Le v y hielt sich im Saale schon bereit, seine neuen Schäflein unter seine Obhut zu nehmen. — Crispian's Eröffnungsrede ist wie immer schlicht und schmucklos unter Verzicht auf alle oratorischen Fragen und Gesten. Die linksstehende Majorität schweigt bedrückt, als Crispian feststellt, nicht wir, sondern die russischen Kommunisten haben die Frage aufgeworfen, soll die U. S. P. weiter bestehen oder soll sie in der K. P. D. aufgehen. Der so geheimnisvoll auf dem Parteitag plötzlich erscheinende Aufzug des Exekutivkomitees der 3. Internationale, den Crispian treffend als P a m p h e t bezeichnet, gibt ihm die Möglichkeit, noch einmal nachzuweisen, daß die Moskauer Bedingungen nichts anders als die Zertrümmerung der Partei bezwecken.

Die partiellische Zusammensetzung des Vorstands des Parteitags gesteht ohne Widerspruch. Dittmann und Braß übernehmen den Vorsitz. Jetzt aber droht bereits die Katastrophe. Die Linke beabsichtigt sich des Organisationsapparats der Partei durch einen geschickten Schachzug bemächtigen zu wollen. Sie plant ansehend im Anschluß an den Geschäftsbericht kraft ihrer Majorität die Neuwahl des Parteivorstands vor der prinzipiellen Auseinandersetzung vorzunehmen. Als Genosse Gleichner beantragt, die prinzipielle Frage der Moskauer Bedingungen als ersten Punkt der Tagesordnung zu behandeln, lehnt die Linke dies ab. Die Abstimmung ergibt, daß weit mehr Stimmen abgegeben sind, als Delegierte zulässig sind. Ein geschickter Vermittlungsvorschlag Dittmanns rettet die Situation. Er kommt der Linken entgegen. Sie will die Erörterung der Frage der 3. Internationale hinauslagern. Bis Snowlew eingetroffen ist. Genosse Dittmann schlägt deshalb vor, den Geschäftsbericht an erster Stelle vorzunehmen. Dann aber sofort zur Erörterung der prinzipiellen Frage übergehen. Die Linke schießt wohl, wie töricht es war, die große Erregung vor der kommenden Entscheidung durch den Geschäftsbericht, der in dieser Situation so fremd anmutet, noch mehr anzuspitzen.

Die Genossin Z i e h gibt in kurzen, prägnanten Worten einen trefflichen Bericht über die Entwicklung der Partei. Sie kennzeichnet trefflich das Verhalten der kommunistischen Partei in allen wichtigen politischen Situationen. Die Mittagspause wird ohne heftige Erschütterungen erreicht. Man fühlt einen fast unerträglichen Druck der Spannung vor der Entscheidung.

Der erste Tag, dem am Nachmittag noch die Debatte über den Geschäftsbericht angefügt war, endete mit einer moralischen Niederlage der Linken. Es kam nur zu einem matten Vorstoß Roehens und Richard Müllers, die die Führer der Rechten für alles verantwortlich machen wollten, was an revolutionären Kämpfen und Experimenten mißlungen war. Über schon Crispian's treffliche, überwältigend klare Argumentierung dränate die Linke in die Defensiv. Obwohl sie begonnen hatte, die Kritik am Geschäftsbericht zu üben und somit angriff, befand sie sich schon nach wenigen Minuten in sehr bedrängter Lage. Jeder Vorwurf, den sie erhoben hatte, fiel mit vervelfachter Schärfe zurück. Weber Crispian, noch Dittmann ließen zu, daß die Führer der Linken jetzt plötzlich alles von sich abschüttelten, was sie noch vor wenigen Wochen gemeinsam mit der Rechten beschlossen hatten. Rosenfeld ließ es sich nicht nehmen, durch ein Zeugnis die Anklagen Crispian's und Dittmann's zu stärken.

Dittmann's Mitteilungen über das Verhalten der Linken beim Kapp-Putsch, seine Erinnerung daran, wie damals Roenen und die übrigen, jetzt so gewaltigen Maulhelden sich an die Roschöhe von Legien geklammert hatten, hatte zur Folge, daß im selben Augenblick die Situation der Linken völlig verspielt war. Dämmig wagte, obwohl selbst mehrfach wegen seiner schwankenden politischen Haltung angegriffen, überhaupt nichts zu erwidern. Man sah ihm an, wie unbehaglich er sich in der Situation fühlte, wie es ihn bedrückte, daß er all die schweren Anklagen nicht entkräften konnte. Stoeder und Roenen mühten sich deshalb, die Situation nach Möglichkeit zu retten. Auch sie fühlten sich offenbar nicht wohl. An sachlichen Argumenten vermochten sie nichts entgegenzusetzen, und so blieb nichts übrig, als persönliche Angriffe gegen Crispian als den Schulmeister zu führen.

Aber diese Versuche mißlingen völlig, da glücklicherweise weder Crispian noch Dittmann, noch sonst ein Vertreter der Rechten sich dazu verließen ließ, der Linken auf das Gebiet persönlicher Beschimpfungen zu folgen. Deshalb versuchte man von der Linken, eine große Affäre von dem berühmten Mansfelder Knüttel zu machen. Mehr als drei Redner benutzten ihre ganze Redezeit, um diese Affäre bis in die kleinsten Einzelheiten auszuspielen. Man wollte versuchen, glauben zu machen, daß die Rechte durch Erfindung all dieser Nachrichten den Versuch habe machen wollen, den Parteitag von Halle an einen anderen Ort zu

verlegen. Mit ein paar kurzen, aber sachlich richtigstellenden Worten tat der Vorsitzende Genosse Dittmann diese Dinge ab, so daß auch dieser Angriff völlig entwaflnet wurde.

Die Linke geht aus der Debatte des ersten Tages trotz ihrer Majorität mit einer schweren Niederlage hervor.

In Laufe des Nachmittags war L o u g e t - P a r i s auf dem Parteitag eingetroffen. Er sowohl wie der Vertreter der Menschewisten, M a r t o w, haben auf der Seite der Rechten ihren Platz genommen.

### Der Parteitag der Rechtssozialisten.

Kassel, 13. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Franz Rattow verlangt mehr Beachtung für die Ober-schlesier. In Oberschlesien kann die Entente, die doch die ganze Welt neu ordnen will, keine Ordnung schaffen. Als Partei haben wir großes Interesse an der Erhaltung Oberschlesiens an Deutschland. Die U. S. P. habe aber die Parole ausgegeben: Deutschland sei ein Klassenstaat, Polen ebenso, also sei der Ausfall der Abstimmung gleich. Eine Resolution, worin der Sozialdemokratische Parteitag den ober-schlesischen Volksgenossen, die im Kampfe um die weitere Zugehörigkeit zum deutschen Vaterlande stehen, seine wärmste Sympathie ausspricht, wurde angenommen. Der Parteitag bedauert die nationalsozialistischen Ausschreitungen und terroristischen Gewalttaten, die fortwährende Bedrohung an Leib und Leben unter den Augen der französischen Besatzungstruppen. Die freizugewilligten Arbeiter haben schwere Opfer, auch mehrere Todesopfer für ihre Überzeugung bringen müssen infolge des planmäßig vorbereiteten bewaffneten Vorgehens von Polen, und der Parteitag fordert, daß die internationalisierte Besatzungskommission der Gefahr einer polnischen Beeinflussung der Abstimmung entgegenwirkt. Er fordert die Sicherung unbefangener Stimmenabgabe und appelliert an die Genossen der Entente-länder, daß sie in ihren Regierungen für strenge und unparteiliche Durchführung der durch den Friedensvertrag übernommenen Pflichten Sorge tragen.

Frau Grünberg-Nürnberg protestiert dagegen, daß die verheirateten Frauen aus dem Erwerbsleben hinausgetrieben werden. Die betreffende Verfügung des Demobilisierungskommissars muß aufgehoben werden, fordert die Frauenkonferenz. Den Frauen muß das aktive und passive Wahlrecht zu den Kaufmanns- und Gewerbegerichtswohlfahren gegeben und den Hausangestellten muß ein einzelnes Recht gegeben werden.

Graf Pforheim fordert besondere Steuergerichte, in denen die Gewerkschaften vertreten sind. — Verschiedene weibliche Redner sprechen über Forderungen der Frauen. — Zum Schluß gibt Z i e h er aus dem Saarrevier eine Erklärung ab, daß die Arbeiter des Saarereviers deutsch bleiben wollen, daß sie gegen die französische Gewaltherrschaft protestieren und Hilfe und Unterstützung von den deutschen und französischen Genossen fordern. Von den preussischen Delegierten wird die Erklärung abgegeben, daß sie ebenso für die deutsche Einheitsrepublik sind und eintreten, wie das gestern Auer für die bairischen Sozialdemokraten erklärt hat. Darauf wird die allgemeine Debatte geschlossen. Man geht zur Behandlung der wirtschaftlichen Frage über. W i s s e l nimmt das Wort zu seinem Referat.

Auf dem Parteitag macht sich starkes Interesse für die Verhandlungen in Halle bemerkbar.

### Keine Ausweisung der russischen Gewerkschaftsdelegierten?

Berlin, 13. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Regierung hat erklärt, daß sie den Genossen Losowsky nicht aus Deutschland ausgewiesen habe. Im Gegenteil habe sie seinen Aufenthalt verlängert, um ihm Gelegenheit zu geben, die Einreiseerlaubnis nach Italien abzuwarten. Er wurde allerdings an sein Versprechen, politisch nicht öffentlich hervorzutreten, erinnert. Die Freiheit schreibt dazu: Auch dieser Maulkorb erscheint uns unwürdig. Immerhin müssen wir betonen, daß wir die Nachricht von der Ausreisestrafung von Losowsky und Genzelowitsch selbst in persönlich unterzeichneten Briefen erhalten haben.

Bern, 13. Oktober. Der Bundesrat hat die Bewilligung zur Einreise des russischen Delegierten zum schweizerischen Gewerkschaftskongress abgelehnt.

### Einigungsverhandlungen im Berliner Streik.

Berlin, 13. Oktober. Nach dem Vorwärts haben die Bemühungen des Reichsarbeitsministeriums, die streikenden Parteien im Berliner Zeitungs- und Druckgewerbe zu neuen Verhandlungen zusammenzuführen, den Erfolg gehabt, daß heute vormittag 10 Uhr Einigungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium eröffnet werden.

### Neue Versuche zur Besetzung Mailänder Fabriken.

Mailand, 12. Oktober. Wie Corriere della Sera meldet, unternehmen Montag die Arbeiter neue Versuche zur Besetzung von Fabrikanlagen. Trotz des kürzlich unterzeichneten Abkommens sperren die Arbeiter die Ausgänge und verhindern die Angestellten daran, die Fabriktürme zu verlassen. Die Polizei konnte jedoch schließlich die Arbeitermassen an der Durchführung ihres Vorhabens verhindern.

### Die Bergarbeiter von Südwales gegen den Streik

Paris, 12. Oktober. Nach einer Meldung der Humanité aus London ist über die Abstimmung der Bergarbeiter bisher bekannt geworden, daß die Bergarbeiter von Südwales sich mit großer Mehrheit gegen den Streik erklärt haben.

### Führer oder Gaukler?

Es genügt heute, sich gegen den Terror als Regierungsprinzip auszusprechen, um von den heutigen Neokommunisten sofort als Konterrevolutionär mit Fluch und Bann belegt zu werden. Als unachtsichtlicher und berufenster Richter tritt hierbei Wilhelm Herzog in der Hamburger Volkszeitung auf.

Nicht immer ist Herzog dieser konsequente Gewaltanbeter gewesen. Als er noch in Berlin die Republik herausgab, da plätscherte der sich heute als einzig legitimer Interpret eines Karl Marx aufspielende Herzog noch mit aller bürgerlichen Artigkeit in den seichten pazifistischen Wässern herum. So hatte er in der Republik vom 18. Januar 1919 aus einem Werke Leo Tolstoi mit vielem Fleiß einige Dutzend Zitate, die sich alle ohne Unterschied gegen die Gewalt richteten, zusammengetragen und diese als Leitartikel unter der Überschrift: „Das Verbrechen einer auf Gewalt gegründeten Lebensordnung“ veröffentlicht. Als Proben geben wir hier einige dieser Zitate wieder:

„Das Böse, vor dem die Menschen sich durch Gewalt schützen wollen, ist unvergleichlich geringer als dasjenige, das sie sich selbst durch diesen Schutz aufliegen!“

„Die Anwendung von Gewalt ruft Erbitterung hervor; wer zu seinem Schutze Gewalt gebraucht, sichert sich meistens nicht, sondern setzt sich großer Gefahr aus. Also ist die Anwendung von Gewalt zum eigenen Schutze unweismäßig und unüberlegt.“

„Gewalt bezwingt niemanden, sondern bringt ihn nur auf Deswegen ist klar, daß man nicht mit Gewalt regieren kann.“

„Der Irrtum, ein Teil der Menschen könne durch Gewalt das Leben der andern regeln, ist deswegen besonders schädlich, weil Leute, die diesem Irrtum unterliegen, das Gute nicht mehr vom Bösen unterscheiden.“

In solchen Zitaten geht es in dem betreffenden Aufsatz weiter. Der ganze Artikel überschlägt sich geradezu in fortgesetzten Schwärmungen, sich ja nie dem Gewaltprinzip hinzugeben. Hoffte Wilhelm Herzog etwa mit dem Geiste eines Tolstoi die Koselische Wörberstube vor weiterer Blutarbeit zurückzuführen?

Wen Eisners Ermordung entlockte ihm nur ähnliche pazifistische Warnrufe. „Das Vermächtnis dieses idealistischen Geistes“, schrieb Herzog am 22. Februar 1919, in der Annahme, geistiger Testamentsvollstrecker Eisners zu sein, „richtete sich an alle Arbeiter, an alle wahrhaft revolutionären Köpfe: Wollt ihr weiteres Blutvergießen verhindern, so bezwingt euch selbst. Dachtet nicht, daß man auf eure Brüder schlägt, findet euch zurück zur Menschlichkeit, verlangt, daß Sozialismus nicht töte, sondern lebendig mache, lächlerisch werde, auf daß ihr aus dem Grauen dieser Tage hinauskommt. Ihr habt genug getötet. Legt alle die Waffen nieder. Befreit euch von der Lüge und von der Gewaltandung. Eint euch jedoch Bekämpfung der feindlichen Mächte. Und ihr werdet unüberwindlich sein.“

Wilhelm Herzog forderte also die Gewaltabgabe in erster Linie von den Arbeitern und den „wahrhaft Revolutionären“. Heute aber schmeubert er auf alle, die seinen Rat etwa befolgt haben, den Bannstrahl nieder und schießt sie erbarmungslos in den Abgrund der Konterrevolutionäre. Freilich war Herzogs Gefolgschaft nicht sehr groß, aber es gehört schon zu den bedenklichsten Erscheinungen, wenn dieser selbe Herzog heute die „Schöpfer unseres Märzprogramms als Verräter, Agenten der Bourgeoisie und Pazifisten verhöhnt, während er selbst sich ausgerechnet zu der Zeit, da Roskes Truppen Blutbad an Blutbad richteten, in pazifistischem Phrasengehäuse erschöpfte. Wenn irgend jemand zu jener Zeit der revolutionären Arbeiterschaft die Waffen aus der Hand zu schlagen versuchte, dann war es doch nur eben dieser Herzog, der heute, aus „der Sonne Moskaus“ zurückgekehrt, nicht Lungenkraft genug aufbringt, um den Terror als Regierungs- und Herrschprinzip zu verkünden. Damals nahm er den völlig entgegengegesetzten Standpunkt ein. Er schrieb in der Republik vom 22. Februar 1919: „Nur durch den Sieg des Geistes und nicht durch den irgendeiner Gewalt — und blinde hinter ihr die ganze große deutsche Armee von 1914 — kann die Gesundung, die Rettung diesem Volke kommen. Es braucht keinen neuen Napoleon. Diese Napoleoniden würden im Zeltlager Wilsons (!) und einer sich ihrer Kräfte bewußten Arbeiterschaft Europas nicht lange leben. Es braucht vielmehr einen Savonarola, der es zur Selbsterkenntnis, zur Buße vor sich selbst und zur Läuterung zwingt.“

Ueber Eisner sagte Wilhelm Herzog in demselben Aufsatz, er sei „der wertvollste Kämpfer, der geistige Repräsentant eines neuen Deutschland, auf den die ganze Internationale als auf einen ihrer besten Kämpfer hoffte“.

Kurt Eisner würde wohl lächeln, wenn er hörte, daß Wilhelm Herzog auch ihn heute auf den Scheiterhaufen der Konterrevolution wirft, wie Eisner überhaupt diesem aufdringlichen Journalisten immer nur mit einem mitleidigen Lächeln entgegnet hat. Gewiß, man kann irren; jeder Mensch kann irren